Mittwoch, 24. August 1932
Nr. 190. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Schlesische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Fünf Todesurteile in Beuthen

SA und SS steigern ihren Terror — Nazi-Führer drohen der Regierung

Beuthen, 22. August.

WTB. Um 4 Uhr 45 Min. verkündete der Vorsitzende des Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Himme, das Urteil im Potempaer Prozeß.

Es lautet gegen die Angeklagten Kottisch, Müller, Wollnitza und Gräupner wegen politischen Totschlags auf Todesstrafe, gegen Kottisch, Müller und Gräupner wegen gefährlicher politischer Körperverletzung außerdem auf zwei Jahre Zuchthaus; gegen Wollnitza wegen desselben Verbrechens auf ein Jahr Zuchthaus.

Gegen den Angeklagten Lachmann wurde wegen Anstiftung zum Morde ebenfalls auf Todesstrafe und außerdem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Der Angeklagte Hoppe wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Hadamik, Nowak und Czoja wurden freigesprochen.

Die fünf Todesurteile entsprechen dem Antrag des Oberstaatsanwalts.

Faschistischer Terror in Beuthen

Unerhörte Vorfälle nach Verkündung des Potempa-Urteils

Die Zusammenziehung der SA aus ganz Schlesien zeigte schon am Vormittag deutlich genug ihre Vorbereitungen für die Stunde der Urteilsverkündung. Sofort nach Schluß des Prozesses nahm die faschistische Terroraktion schon im Gerichtssaal ihren Anfang. Auf Kommando des General spielenden Fememörders Heines brüllte die gesamte im Sitzungssaal anwesende nationalsozialistische Mörderbande los. Das hysterische Gekeife wurde übertönt durch den Nazigeneral Heines, der Rufe ausstieß wie:

„D deutsche Volk wird in Zukunft andere Urteile fällen." — „Dieses Urteil ist das Fanal für Deutschlands Erwachen."

Heines und Gesellen verließen fluchtartig den Saal, um von der Empore des benachbarten Kaffeehauses das eben verkündete Urteil für weitere Aufhetzung und demagogisches Gekeife auszuschlachten. Noch vor Urteilsverkündung vertrieb das oberschlesische Nazirevolverblatt ein Flugblatt und verhetzte dadurch die schon aufgeregten Gemüter noch mehr. So war es für Heines ein leichtes, dankbares Publikum zu finden. Mit „Heil-Hitler"-Rufen und „Rache"-Gebrüll wurden seine Ausführungen aufgenommen. Nachdem die braune Mordpest ihr „Horst-Wessellied" ganz gemütlich herunterleierte, kam dann „unsere" Schupo vom danebenliegenden Gerichtsgebäude anmarschiert. Daraufhin verzogen sich die Burschen und begannen Rache zu nehmen, indem sie

die Fensterscheiben aller am Orte vertretenen republikanischen Zeitungen zertrümmerten.

Auch die Schaufenster einiger jüdischer Kaufleute mußten herhalten. Selbst in den Hauptstraßen der Stadt schreckte man nicht davor zurück, friedliche Passanten zu verprügeln und zu mißhandeln.

Auch

Angriffe auf das Gerichtsgebäude

wurden mit großem Theater versucht, jedoch beim Erscheinen einiger mit Karabinern winkenden Schupos war keine Braunhose mehr zu sehen. Das Gelände um das Gerichtsgebäude herum gleicht einem Militärlager. Patrouillen mit Stahlhelmen, Karabinern und Maschinenpistolen versehen, kommen und gehen. Bemerkenswert ist noch, daß es in Beuthen für die Nazis möglich ist,

mit Schupobegleitung in Viererreihen durch die Straßen zu ziehen,

um so zu provozieren.

Hitler telegraphiert

München, 23. August.

CNB. Die Pressestelle der NSDAP teilt nachstehendes Telegramm an die in Beuthen verurteilten Nationalsozialisten mit:

„Meine Kameraden. Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht. gez. Adolf Hitler."

Nazis fordern Ungültigkeit der kommunistischen Reichstagsmandate

Der „Angriff", das Blatt des Herrn Goebbels, beschwert sich, man höre noch immer nichts darüber, „daß den Kommunisten als grundsätzlich staatsfeindlicher und antideutscher Partei der Zutritt zum Reichstagsgebäude verwehrt werden soll". Damit erheben die Nationalsozialisten jetzt in aller Oeffentlichkeit eine Forderung, die hinter den Kulissen bereits seit Wochen eine Rolle spielt und deren Unverschämtheit wohl durch nichts mehr zu überbieten ist. Sie verlangen den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten von den Arbeiten des Reichstages, die Kassierung der kommunistischen Mandate.

In der gegenwärtigen Situation wäre es durchaus verfehlt, diese nationalsozialistische Forderung einfach als Ausgeburt überreizter Nazihirne abzutun. Sie ist ernst zu nehmen, und die ganze Arbeiterklasse muß in diesen Tagen der Oeffentlichkeit unmißverständlich zeigen, daß die Frage der kommunistischen Mandate nicht eine Angelegenheit der Kommunistischen Partei, sondern die Sache des deutschen Proletariats ist.

Preußischer Landtag am 30. August

Berlin, 22. August.

WTB. Nach einer Mitteilung des Landtagsdirektors ist die nächste Sitzung des preußischen Landtages nunmehr endgültig auf den 30. August, 13 Uhr, anberaumt worden.

Die Nazis bestreiten die Verantwortung

Die „Rundfunkreform" genügt ihnen noch nicht

CNB. Berlin, 18. August.

Die Reichsleitung der NSDAP, Abteilung Rundfunk, übergibt der Oeffentlichkeit folgende Erklärung:

„Durch die Inlands- und Auslandspresse wird die Auffassung verbreitet, daß durch die Ernennung des Reichsrundfunkkommissars Dr. Scholz den Nationalsozialisten erstmalig selbständig ein großes Aufgabengebiet anvertraut wurde. Demgegenüber stellt die zuständige Stelle der Reichsleitung der NSDAP fest, daß die bloße Zugehörigkeit von Persönlichkeiten zur NSDAP den nationalen Führern gegenüber noch keine Gewähr bietet für die weltanschauliche und politische Willensrichtung, die den deutschen Rundfunk im Dienste des deutschen Volkes für die Zukunft bestimmen muß. Die Leitsätze der Rundfunkreform des Reichsministeriums des Innern stehen im Widerspruch zu den vorliegenden Plänen der NSDAP über eine nationalsozialistische Rundfunkerneuerung."

Vor der Bildung der Thüringer Nazi-Regierung

Zwischen den Nationalsozialisten und dem Landbund fanden heute zum ersten Mal Besprechungen über die bevorstehende Regierungsbildung in Thüringen statt. Es handelte sich dabei lediglich um eine unverbindliche Fühlungnahme. An der Besprechung nahmen von den Nationalsozialisten Fraktionsführer Abgeordneter Sauckel und Abgeordneter Wächtler, vom Landbund Staatsminister Baum und Staatsrat Mackeldey teil. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, soll Staatsminister Baum wenig Neigung zeigen, wieder in die Regierung einzutreten. Im Landbund und auch in den Kreisen der Deutschnationalen soll man beabsichtigen, den Nationalsozialisten die beiden Ministerposten zu überlassen und nur Staatsräte in die Regierung zu entsenden.

Wieder Waffenfunde bei der SA

Bei Nationalsozialisten in Rendsburg in Schleswig-Holstein wurden dieser Tage Durchsungen nach Waffen vorgenommen. In Nazi-Lokalen wurden 18 Handgranaten, eine Anzahl Schußwaffen und rund 800 Schuß Munition gefunden.

Faschistische Sturmtrupps in England

Nach einer Meldung des „Daly Herald" wird die unter Leitung von Mosley, der bekanntlich vor längerer Zeit aus der Arbeiterpartei ausschied, stehende „Neue Partei" demnächst mit der Aufstellung von Sturmabteilungen beginnen und in ganz England eine faschistische Propaganda entfalten. Mosley werde in ein oder zwei Wochen vom Kontinent zurückkehren, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Die Mitglieder der Sturmabteilungen, die offiziell zum Schutze von Parteiversammlungen gegen kommunistische Störungen bestimmt sein sollen, werden schwarze Hemden tragen.

Ohlau und Potempa — ein Signal

Durch einen besonderen Umstand, durch die Urteilsverkündung am gleichen Tage, sind zwei Prozesse in der öffentlichen Diskussion in eine Verbindung gebracht worden, die sachlich nicht gerechtfertigt ist. Die Ereignisse, die sich im Juli in Ohlau und im August in Potempa zugetragen haben, wurzeln gewiß in demselben Boden unserer politisch und gesellschaftlich aufgewühlten Zeit; aber die Taten, die an diesen beiden Orten begangen wurden, sind so verschiedener Art, daß diese Verbindung zwischen den beiden Prozessen, die nun wohl nicht mehr aus dem Denken und Urteilen der meisten Zeitgenossen zu verdrängen sein wird, der Gewinnung eines gerechten Standpunktes nicht günstig, sondern abträglich ist.

In Ohlau hat es sich — wie auch der Gang der Verhandlung im Gegensatz zu der dann folgenden Urteilsbegründung ergab — um eine Abwehraktion gegen nationalsozialistische Provokationen gehandelt. Auf welcher Seite hier die Schuld lag, ist nicht nur nach dem Einzelfall zu entscheiden: die Tatsache, daß 80 Jahre moderner Arbeiterbewegung trotz aller brutalen Verfolgungen seitens eines übermächtigen Staatsapparates niemals zu Zuständen geführt haben, wie sie kaum acht Jahre nationalsozialistischen Aufstieges über Deutschland brachten, kann nicht einfach beiseite geschoben werden; sie muß in die Wagschale jedes einzelnen Urteils fallen, weil sie andeutet, wo die wirklich Schuldigen sitzen. Das Urteil über Ohlau ist einseitig und gegen die Verurteilten viel härter, als es der Gerechtigkeit entspräche; es muß in den Herzen der Arbeiter das Bewußtsein verstärken, daß dieser Staat sie nicht nur schutzlos Mordbanden preisgibt, sondern sie auch noch in die Zuchthäuser wirft, wenn sie sich ihrer Haut wehren.

Der Mord an dem Arbeiter Pietrzuch in Potempa war nicht provoziert, nicht in Erregung begangen, nicht die ungewollte Folge einer allgemeinen Prügelei — er war kaltblütig vorbereitet und ist mit einer selbst in unserer Zeit fast beispiellosen Grausamkeit durchgeführt worden. Das Urteil, das den Anstifter und vier der Täter der Todesstrafe überliefert, entspricht dieser Tat. Es ist schwer, an dem noch frischen Grabe des mit 29 Wunden bedeckten Arbeiters Milde für die Mörder zu fordern. Trotzdem sprechen wir es aus, daß wir die Vollziehung der Todesstrafe nicht wünschen. So viehisch diese Mordbuben gehandelt haben, so wenig die Menschheit an ihnen verlieren würde — auch sie sind nicht die wahrhaft Schuldigen. Die Verantwortung, die furchtbare Verantwortung für all das Blut, das in diesen Monaten in Deutschland vergossen wurde, liegt zuletzt nicht bei denen, die hier auf der Anklagebank saßen; sie liegt bei den Männern, die die ersten Reihen des Zuhörerraumes besetzt hatten und bei jenen anderen, die von ihren Redaktionstischen aus so ungefährdet wie zum Völkermorden auch zum blutigen Terror hetzen.

Diese schamlose Hetze wurde von Heines, der ja als Fachmann angesprochen werden kann, in den Gerichtssaal und in die Straßen von Beuthen getragen, diese Hetze wird heute in den Zeitungen fortgesetzt. Nicht nur in den nationalsozialistischen. Die „Schlesische Zeitung", das Breslauer Hugenbergblatt, schämt sich nicht, die furchtbare Mordtat von Potempa sehr kühl „die Beseitigung eines Polen" zu nennen, „der bekanntermaßen sich in polnischen Diensten wiederholt betätigt hat". Danach scheint also, wie man ja schon der gesamten Prozeßberichterstattung der Rechtspresse entnehmen konnte, nach der Meinung dieser Kreise die Tat von Potempa geradezu ein begrüßenswerter Akt ausgleichender Gerechtigkeit gewesen zu sein,

und man wundert sich nicht mehr, wenn das gleiche Blatt weiter schreibt: „Es ist zugleich ein tropisches Geschick, nachdem monate- und jahrelang die Kommunisten für ihre Bluttaten gegen Nationalsozialisten verhältnismäßig leichten Kaufes davongekommen sind, daß jetzt Nationalsozialisten die ersten sein müssen, welche von der Höchststrafe der Notverordnung betroffen werden, weil sie unglücklicherweise ihr Notwehrrecht gegenüber den kommunistischen Angriffen überschritten haben". Was soll man noch sagen, wenn diese „anständige" Zeitung, die die politische Meinungsbildung eines großen Teiles des schlesischen Bürgertums besorgt, die Richter fragt, ob sie denn gar nicht die Stimme des Volkes gehört hätten, die aus den letzten Reichstagswahlen gesprochen habe?! In diesen Redaktionsstuben — die anderen rechtsstehenden Zeitungen schreiben um kein Haar anders — sitzen die Mörder. Sie gehören auf die Anklagebank. Aber sie werden dort erst dann Platz nehmen, wenn das Proletariat die Plätze anweisen wird.

Die fünf Todesurteile, die der Tat von Potempa gefolgt sind, sollen nicht vollstreckt werden. Wir erheben unsere Stimme in diesem Sinne vor allem auch deshalb, weil wir wissen, daß der Vollstreckung dieses Urteils eine ganze Serie von Todesurteilen der Sondergerichte, von Hinrichtungen politisch Angeklagter folgen würde. Es gehört keine Prophetengabe dazu, vorher zu sagen, daß die Opfer dieser künftigen Todesurteile nicht Nationalsozialisten, sondern aufrechte, klassenbewußte Arbeiter sein würden.

Freilich: diese Entwicklung kann nicht allein oder auch nur in erster Linie durch einen Gnadenakt gegenüber den diesmal Verurteilten verhindert werden. Das Urteil von Beuthen ist ein Signal. Zunächst für die Nationalsozialisten, die in ihren Extrablättern rufen: „Unsere Geduld ist am Ende! Die Zeichen stehen auf Sturm!", die durch ihre „Rechtsabteilung" erklären lassen, „daß die unverzügliche Aufhebung der fünf Todesurteile zur Sicherung und letztmöglichen Aufrechterhaltung des inneren Friedens eine Notwendigkeit" sei und die in einer Erklärung ihrer Reichsleitung drohen: „Es gibt in Deutschland keine Ruhe mehr, bis dieses Beuthener Urteil aufgehoben ist. Mögen die verantwortlichen Staatsleiter den Ernst der Stunde erkennen, ehe es zu spät ist."

So erfassen es die Nationalsozialisten, und noch wissen wir nicht, welche Ausbrüche, welche neuen Terrorakte die nächsten Stunden und Tage bringen werden. Dieses Urteil ist aber ein Signal auch für die Arbeiterklasse! Als sich im Gerichtssaal von Beuthen der Staatsanwalt erhob, um nach einer Verhandlung, in der die Angeklagten gelacht und gescherzt und Richter und Staatsanwalt sich mehr als passiv verhalten hatten, zur allgemeinen Ueberraschung fünf Todesurteile zu beantragen, da mußte jeder erkennen, daß dieser Antrag nicht nur eine juristische, sondern auch und in erster Linie eine politische Handlung war. Wir glauben, es ist kein Zweifel daran gestattet, daß diesem Staatsanwalt die innere Zustimmung der Regierung zu seinen Anträgen bekannt war.

Die Todesurteile von Beuthen sind nach unserer Auffassung ein Hinweis darauf, daß die Regierung der Herren Papen und Schleicher im gegenwärtigen Stadium entschlossen ist, nicht kampflos vor den Nationalsozialisten zurückzuweichen. Die Herren der Reichswehr, die Inhaber der wichtigsten Kommandohöhen von Wirtschaft und Verwaltung, sie glauben sich stark genug, auch weiterhin das Ruder in der Hand zu behalten und selbst das Werk der Reaktion, der Niederhaltung der Arbeiterklasse durchzuführen. Das sollte, so meinen wir, der Antrag des Staatsanwalts den nationalsozialistischen Führern bedeuten. Insofern liegt das Urteil des 22. August in derselben politischen Linie wie die Entscheidung, die am 13. August, bei der Unterredung Hitlers mit Hindenburg, vorläufig getroffen wurde.

Es wäre ein Verhängnis, wollte die Arbeiterschaft diese Gegensätze, die heute im Lager der Bourgeoisie vorhanden sind, überschätzen und sich in Ruhe wiegen. Aber es wäre ebenso verfehlt, diese Gegensätze einfach zu übersehen und zu leugnen. Das Urteil von Beuthen wie der Spruch über Ohlau signalisieren die Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen — aber sie zeigen auch, daß die letzte Entscheidung noch nicht gefallen ist. Vieles hat die Arbeiterklasse versäumt, mit ungeheuren Opfern und schwersten politischen Rückschlägen muß sie die Fehler vergangener Jahre und Jahrzehnte bezahlen. Nie hätte der Terror der faschistischen Garden so stark werden dürfen, wie es sich in den Vorgängen von Potempa und Tag für Tag an unzähligen anderen Stellen offenbart, längst nicht mehr dürften Urteile gesprochen werden, wie das über Ohlau. Bei uns, bei der Klasse, bei der ganzen Arbeiterklasse ist trotz allem die Macht und die Möglichkeit, dieses Zeitalter der Ausbeutung und des Mordes zu beenden!

Preußische Gemeindewahlen im Oktober?

Wie schon vor längerer Zeit gemeldet wurde, haben die Nationalsozialisten im Preußischen Landtage einen Antrag auf baldige Durchführung von Gemeindewahlen in Preußen eingebracht. In Berliner politischen Kreisen rechnet man jetzt damit, daß dieser Antrag Annahme finden könnte, da die Kommunisten auf Grund ihrer Erfolge bei den Reichstagswahlen voraussichtlich diesem nationalsozialistischen Antrage zustimmen würden. Damit wäre die Annahme des Antrages gesichert, denn Nationalsozialisten und Kommunisten haben bekanntlich im Preußischen Landtage die Mehrheit. In diesem Falle wäre mit Neuwahlen aller preußischen Gemeindeparlamente im Laufe des Oktobers zu rechnen.

Der Abschluß von Ottawa

Neue Zollschranken und Lebensmittelverteuerung

Unter großen Schwierigkeiten und nachdem wiederholt die Verhandlungen völlig zu scheitern drohten, ist die Wirtschaftskonferenz des englischen Imperiums in Ottawa, Kanada, dieser Tage zu einem „friedlichen" Abschluß gekommen. Jetzt erst werden Einzelheiten über die dort getroffenen Vereinbarungen veröffentlicht. Sie bestehen im wesentlichen in einer Anzahl von Spezialverträgen zwischen den einzelnen Dominions und England.

Das Wichtigste und für den gesamten Welthandel von einschneidendster Wirkung ist die Tatsache, daß England sein — allerdings schon längst durchbrochenes — Freihandelsprinzip völlig preisgibt und unter dem Druck seiner Dominions eine Reihe neuer Zölle, besonders auf Agrarprodukte und Holz, einführt ausschließlich zu dem Zweck, gegenüber der Einfuhr aus den Dominions diese Zölle ganz oder zum Teil erläßt. Mit anderen Worten, dem nicht zum Imperium gehörenden Ausland soll durch Zollschranken die Einfuhr nach England erschwert, den Dominions aber erleichtert werden.

Die Kosten für diese Maßnahmen hat in erster Linie die englische Arbeiterklasse in Form von Preissteigerung aller Nahrungsmittel zu bezahlen. Die weitere Folge wird eine Welle neuer Abwehrzölle der übrigen Länder gegenüber England sein. Auch das werden nur die arbeitenden Massen in der übrigen Welt mit Preissteigerungen ihrer wichtigsten Bedarfsartikel zu büßen haben.

Nicht zuletzt werden durch die Verträge von Ottawa die imperialistischen Gegensätze und damit die Kriegsgefahren verstärkt. Besonders kraß zeigt sich das auch darin, daß alle Reden und Abmachungen von Ottawa ihre Spitze gegen die Sowjetunion richten. Man will damit nicht nur die Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetunion, sondern auch in verstärktem Maße den Krieg gegen sie vorbereiten.

Bezeichnend ist, daß sich die englischen Regierungsvertreter sowohl gegen die neuen Zölle, als auch gegen ein allzu scharfes Vorgehen gegenüber Rußland wehrten, weil sie ihren Handel mit der Sowjetunion aus Profitinteressen nicht verlieren wollen und andererseits Komplikationen mit der starken englischen Arbeiterschaft befürchten. Wenn die englische Regierung schließlich dennoch einwilligte, so deshalb, weil sie andernfalls den Bestand des ganzen Imperiums, die völlige Selbständigmachung der Dominions befürchten mußte.

Ottawa im Spiegel der englischen Presse

London, 22. August.

WTB. Ottawa ist heute das alles beherrschende Thema. — Während die konservative Presse die in Ottawa abgeschlossenen „Abkommen von gegenseitigem Vorteil" eine neue Grundlage des Reiches nennt, geht das Urteil des Arbeiterblattes Daily Herold dahin, daß niemand sehen könne, welchen Vorteil Großbritannien haben werde, und daß

ein Steigen fast aller Lebensmittelpreise das einzig sichere Ergebnis der Ottawa-Konferenz

sein werde. — Das frühere Mitglied des Arbeiterkabinetts Lees-Smith erklärte sogar in einer Rede, das Schlußurteil über die Ottawa-Konferenz sei, daß sie mit einem Fehlschlag und einer Enttäuschung geendet habe.

Die Einstellung der Liberalen kann in die Ueberschrift zusammengefaßt werden, unter der News Chronicle die Ergebnisse der Konferenz mitteilt: „Großbritannien stimmt einer Verteuerung der Lebensmittel zu — Millionen von Haushalten werden unmittelbar durch die Ottawa-Steuern berührt". — Der Hauptvorkämpfer für Reichswirtschaftseinheit, Daily Express, muß zugeben, daß trotz unbegreiflicher Unterlassungen, wie Steuern auf ausländisches Fleisch, die Reichskonferenz alle ihre Vorgängerinnen an tatsächlichen Ergebnissen weit überflügelt habe, und rechnet dies vor allem dem kanadischen Premierminister Bennett an.

Die erste ausländische Stimme

Kopenhagen, 22. August.

WTB. In einer Besprechung der Ergebnisse der Ottawa-Konferenz schreibt die konservative Zeitung „Dagens Nyheter", zusammenfassend müsse man feststellen, daß das Resultat von Ottawa für Dänemark gefährlicher zu sein scheine, als man ursprünglich erwartet habe. Die englische Handelspolitik könne nach Ottawa eine so für Dänemark unglückliche Wendung nehmen, daß eine Fortsetzung der neudänischen Importpolitik trotz der Stimmung, von der sie eingegeben ist, nicht aufrechterhalten werden könne.

Der Kampf gegen die Arbeiter-Presse

Kieler SPD-Blatt verboten

Kiel, 22. August.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat die in Kiel herausgegebene sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" auf die Dauer von acht Tagen, und zwar vom 22. bis 29. August einschließlich verboten.

Anlaß zu dem Verbot gab der in der Nummer 193 der Zeitung erschienene Artikel „Zweierlei Maß — Bombenleger Dr. Forst aus der Haft entlassen, weil kein Fluchtverdacht — Reichsbannerleute werden wochenlang in Haft behalten". Durch diesen Artikel sollen die Gerichtsbehörden angeblich böswillig verächtlich gemacht worden sein.

Verwarnungen an Arbeiterzeitungen

CNB. Halle, 19. August.

Dem verantwortlichen Redakteur des „Klassenkampf" wurde gestern auf dem hiesigen Polizeipräsidium eine Verwarnung des Regierungspräsidenten an den „Klassenkampf" bekannt gegeben. In dieser Verwarnung werden dem „Klassenkampf" schärfere behördliche Maßnahmen angedroht, wenn er sich in seiner Schreibweise nicht mäßige.

CNB. Berlin, 20. August.

Durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten wird der „Vorwärts", wie das Blatt selbst mitteilt, wegen eines am 14. August veröffentlichten Artikels „Zurück zum Recht" verwarnt. Bei einem weiteren Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften wird dem Blatt ein längeres Verbot angedroht. In den Ausführungen des genannten Aufsatzes wird den Mitgliedern der Reichsregierung, wie es in dem Schreiben des Polizeipräsidenten weiter heißt, der Vorwurf einseitiger Parteiregierung gemacht. Sie verstoßen daher gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 und würden mich zu einem Verbot des „Vorwärts" berechtigen. Wenn ich diesmal von einem Verbot der Zeitung noch absehe, so geschieht das in der Erwartung, daß Sie sich fortan größter Zurückhaltung befleißigen.

Weitere Sondergerichts-Urteile

Insterburg, 22. August.

WTB. Das Insterburger Sondergericht verurteilte zwei Nationalsozialisten, die an einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nacht zum Wahlsonntag teilgenommen hatten, zu 17 Monaten und 5 Monaten Gefängnis.

Paderborn, 22. August.

WTB. Das Sondergericht Paderborn, das heute zum ersten Male zu einer Sitzung zusammentrat, verurteilte den arbeitslosen Elektriker Flohr aus Herbram, der wegen versuchten Totschlages vor Gericht stand, wegen gefährlicher Körperverletzung und unbefugten Waffenbesitzes zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte vor einiger Zeit im Arbeitsamt Paderborn mit der Pistole auf einen Beamten geschossen.

Ferner verurteilte das Gericht den früheren Nationalsozialisten Lueckert aus Lippspringe, der dort einen Kommunisten erschossen hatte, wegen Körperverletzung mit Todeserfolg und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Zuchthaus wegen Totschlags beantragt. Wahrlich ein milder Spruch!

41 Kommunisten verhaftet

Solingen, 20. August.

WTB. Auf der Haan-Hildener Heide nahmen gestern nacht Kommunisten eine verbotene Geländeübung vor. Als das Ueberfallkommando erschien, wurden die Beamten von den Kommunisten beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. 41 Mann wurden festgenommen. Sie werden vor das Sondergericht gestellt werden.

Die vorstehende Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros scheint uns sehr tendenziös. Es dürfte daran nicht viel mehr wahr sein, als eben die Tatsache, daß wieder eine große Zahl kommunistischer Arbeiter verhaftet wurden und schwersten Strafen eines Standgerichts entgegenzusehen haben. Auf der anderen Seite steht fest, daß die Nationalsozialisten an unzähligen Stellen Deutschlands Geländeübungen ganz militärischer Art durchführen, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird.

Anklagen nicht zu beweisen

Hannoversch-Münden, 19. August.

Zu der gestern gemeldeten Verhaftung von fünf der KPD nahestehenden Personen aus Münden erfahren wir, daß die Festnahme in Verfolg des immer noch unaufgeklärten Dransfelder Sprengstoffdiebstahls vorgenommen wurde. Die Verhafteten sind nach ihrer Vernehmung im Göttinger Gerichtsgefängnis wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil das vorliegende Beweismaterial zur Ueberführung nicht ausreichte. Eine Durchsuchung der Mündener Stadtgärtnerei blieb erfolglos. Von dem bei Dransfeld gestohlenen Sprengstoff konnten fünf Zentner immer noch nicht ermittelt werden.

Todesstrafe für Sanjurjo?

Madrid, 21. August.

General Sanjurjo hat den früheren, zur Zeit der Monarchie im Amte befindlichen Minister Bergamin mit seiner Verteidigung betraut. Bergamin hat den Auftrag angenommen.

Die Hauptangeklagten der Aufstandsbewegung, nämlich General Sanjurjo, General de la Harranz, Oberstleutnant Esteban Infantes und der Sohn Sanjurjos, Hauptmann Sanjurjo, werden in beschleunigtem Verfahren abgeurteilt werden, die übrigen Angeklagten in gewöhnlichem Verfahren. Der Prozeß wird am Dienstag oder Mittwoch beginnen. — Wie verlautet, hat der Generalstaatsanwalt beschlossen, gegen die Hauptangeklagten der Aufstandsbewegung die Todesstrafe zu beantragen.

Es ist sehr zu bezweifeln, daß die Regierung diese Ankündigungen in die Tat umsetzt. Bis jetzt hat sie sich gegen monarchistisch-pfäffische Konterrevolutionäre äußerst nachgiebig erwiesen. Auch heute noch sind die hohen Militär- und Gouverneurposten zum großen Teil mit ausgesprochenen Monarchisten besetzt. Die bürgerlich-kapitalistische Regierung mit Unterstützung der SPS will, genau wie in Deutschland nach 1918, diese konterrevolutionären Kräfte zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft erhalten.

WTB. Havas berichtet aus Madrid, der konfiszierte Grundbesitz der am letzten Putschversuch beteiligten Personen habe einen ganz enormen Wert. Allein die jährlichen Einkünfte, die der Staat für die Durchführung der Agrarreform verwenden will, werden auf mehr als 200 Millionen Peseten veranschlagt.

Antifaschistenkundgebung in Dortmund

Reichsbanner ehrt einen ermordeten Kommunisten

Als vor einigen Wochen in Dortmund das erste Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors zu Grabe getragen wurde, erlebte man einen Massenaufmarsch der Dortmunder antifaschistischen Bevölkerung, wie er noch nicht dagewesen war. Dieser Tage mußte das zweite Opfer dieses Kampfes, ein aus einem Auto heraus erschossener Kommunist, an derselben Stätte beigesetzt werden. Auch diesmal war die Beteiligung der Bevölkerung sehr stark. Von allen Teilnehmern besonders lebhaft begrüßt wurde eine Abteilung uniformierter Reichsbannerleute mit dem Abzeichen der Eisernen Front. Die Leitung des Dortmunder Reichsbanners hatte den Reichsbannermitgliedern die Teilnahme an der Beerdigung nur in Zivil gestattet, aber sie ließen sich dadurch nicht abhalten, in Reichsbanneruniform ihren Willen für die proletarische Einheitsfront kundzutun.

In diesem Sinne sprach auch am Grabe ein Reichsbannermann. Er betonte, daß er, über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg, mit dem Ermordeten einig gewesen sei im Kampf gegen den Faschismus und appellierte an die Versammelten, alle Kraft daran zu setzen, um die Einheitsfront des Proletariats von unten herauf zu schaffen. In der gleichen politischen Linie bewegten sich die Ansprachen der Vertreter der KPD, der Roten Hilfe und anderer Arbeiterorganisationen, so daß diese Beerdigung eine machtvolle, eindrucksvolle Kundgebung für den Gedanken der proletarischen Einheitsfront wurde. Eine Entschließung, die sich gegen die Einsetzung von Standgerichten gegen die Arbeiterschaft wendet, fand einstimmige Annahme.

Brutales Klassenurteil in Brieg

Wie das Gericht Klassengegensätze beseitigen will

(Von unserem nach Brieg entsandten Sonderberichterstatter)

Das Brieger Sondergericht beendete am Montagvormittag den Ohlauer Aufruhr-Prozeß mit einem durchaus unangemessenen Urteilsspruch. Die Angeklagten Durnok, Blech, Vanin sen., Manche, Strulick, Laske, Frau Kose, Friedrich Lisse, Pfirschke, Hitze, Fischer, Vanin jun., Borrmann, Schneider, Wilhelm Lisse, Glatz, Haselbach, Haschke, Rohm, Jahn, Lampert, Müller, Junkens, Oskar Kose, Ziebo, Perschke und Morave wurden für schuldig erklärt und zu Gefängnis und Zuchthausstrafen verurteilt. Im ganzen wurden über 27 Personen 19 Jahre und 11 Monate Gefängnis sowie 9 Jahre Zuchthaus verhängt. 16 Angeklagte wurden freigesprochen.

Dieses Urteil des Brieger Sondergerichts wird von der nationalsozialistischen Presse in den nächsten Tagen und Wochen mit dem Potempaer Urteil in Vergleich gesetzt werden, obwohl die Materie beider Prozesse durchaus keine Gelegenheit zu ernsthaften Vergleichen bietet. Das ergibt sich ganz besonders aus der Urteilsbegründung im Falle Ohlau. Dort wird erklärt, daß die Reichsbannerleute die Ausschreitungen jenes blutigen Sonntages in keiner Weise vorbereitet haben. Es wird ihnen lediglich zur Last gelegt, daß sie ohne „gerichtsnotorischen" Anlaß die Schlägereien mit den Nationalsozialisten herbeigeführt hätten. Doch keiner der Angeklagten ist eines Mordes für schuldig befunden worden.

In der Urteilsbegründung wurde einiges bemerkenswertes zur Terrornotverordnung des Reichspräsidenten gesagt. Diese Notverordnung sei notwendig gemacht worden durch die „Not der Zeit", die Notmaßnahmen erzwinge. So soll nach den Worten der Urteilsbegründung dieses Urteil in Ohlau zum Schutze des Staates vor Aufruhr und Bürgerkrieg dienen. Es soll damit dem „Bruderkampf" ein Riegel vorgeschoben werden in Deutschland.

Deutlicher als mit diesen Worten der Urteilsverkündigung ist wohl selten der einseitige Klassencharakter der Rechtsprechung im Zeitalter der fast unverschleierten Diktatur der Bourgeoisie zugegeben worden. Schon das Strafgesetzbuch sieht für Aufruhrführer Zuchthaus bis zu 10 Jahren als Strafe vor. In diesem Rahmen sind auch die Zuchthausurteile des Brieger Sondergerichts gehalten worden. Die übrigen Angeklagten erhielten für schweren bzw. einfachen Landfriedensbruch Gefängnisstrafen zwischen 3 Monaten und 1½ Jahr.

Das Urteil des Brieger Sondergerichts ist durchaus nicht zu milde, wie die „Schlesische Zeitung" behauptet. Es ist im Gegenteil, gemessen an den tatsächlich begangenen und nicht begangenen Taten der Verurteilten unerhört brutal. Die ganze Schärfe dieses Brieger Urteils wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Verteidigung für 36 Angeklagte Freispruch beantragt hatte, während das Gericht nur 16 Angeklagte frei sprach.

Ganz besonders empörend ist die Verurteilung des Angeklagten Manche zu einem Jahr Gefängnis, mit der Begründung, er habe sich eines einfachen Landfriedensbruches schuldig gemacht. Damit wird die Kette jener unerhörten Urteile fortgesetzt, mit denen die deutsche Justiz die Opfer des nationalsozialistischen Terrors schon seit langem verfolgt.

Das Urteil des Brieger Sondergerichts liegt nur wenig unter den skandalösen Strafanträgen der Staatsanwaltschaft.

Wenn nach diesen Erwägungen das Ohlauer Urteil mit dem Potempaer verglichen wird, ist keinerlei Anlaß vorhanden, das Urteil, das gegen die nationalsozialistischen Mörder, die bewußt, von langer Hand vorbereitet, in viehischer Weise einen Wehrlosen überfielen und ermordeten, als zu hart zu empfinden. Während sich das Ohlauer Urteil gegen den Klassengegner der Bourgeoisie wendet, soll das Potempaer Urteil dazu dienen, die allzu eifrigen Söldner der Bourgeoisie im Zaume zu halten, denn „der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz (Versicherung) der Bourgeoisieklasse gegen ihre einzelnen Mitglieder, die gegen die ausgebeutete (ausgebeutete) Klasse eine Assekuranz, die immer kostspieliger und scheinbarer, immer selbständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft werden muß, weil die Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse immer schwieriger wird." So ist es die Aufgabe der Sondergerichte, sowohl die Terrorgruppen der Bourgeoisie als auch die Kämpfer des Proletariats im Zaume zu halten. Wie die Bourgeoisie ihrer eigenen Knechte Herr wird, ist letzten Endes ihre Sache. Wir aber lehnen die Standgerichte ab, wir protestieren gegen das Brieger Urteil, weil es, wie es selbst zugibt, lediglich dem Interesse der herrschenden Klasse dient.

Auch wenn Du heut noch

zum Kursus des Genossen Walchers gehst, ist es nicht zu spät. Denn auch du mußt dich über die

„Geschichte der Nachkriegsarbeiterbewegung"

orientieren.

Der Kursus findet um 20 Uhr bei Bräuer, Gabitzstraße 22, statt.

Breslauer Standgericht wütet weiter

Endlose Kette von Terrorurteilen

Das Breslauer Standgericht erlangt immer mehr und mehr eine traurige Berühmtheit. Alle Urteile sind gegen links gerichtet, alle Urteile stützen sich auf nationalsozialistische Zeugenaussagen, deren Wert die Arbeiterklasse ja zur Genüge kennt.

Tritt einmal ein unparteiischer Entlastungszeuge auf, so findet man seine Aussage als „unerheblich". Es gibt sogar Landgerichtsdirektoren, die Aussagen „von nicht Belang" erklären, weil der Zeuge den Vorfällen nicht von Anfang bis Ende beigewohnt hat, obgleich aber der Zeuge zu Beginn seiner Ausführungen festgestellt hat, daß er von der ersten bis zur letzten Minute dem Vorfall zugesehen hatte. Die meisten Proleten werden wegen „aufreizender Redensarten" verurteilt, wobei das Gericht auf dem Standpunkt steht, daß Nazis solche Redensarten nie äußern. Es ist bisher noch kein Fall bekannt geworden, bei dem Nazis, die harmlose Passanten, wie man es immer und immer wieder erleben kann, schwer beschimpft haben, verurteilt worden sind.

Wir bringen stichwortartig (leider ist es uns unmöglich, auf die einzelnen Fälle wegen Platzmangel näher einzugehen!) die Reihe der Terrorurteile gegen Arbeiter in Breslau.

Der SPD-Genosse Richard Wolf aus Stabelwitz wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in Stabelwitz von einem Naziradfahrer angerempelt wurde und sich diese Anrempelei nicht gefallen ließ. Der Nazimann stand nicht einmal unter Anklage.

Der 21jährige Ziegeleiarbeiter Willi Wiesner aus Stabelwitz wurde im Zusammenhang mit denselben Vorgängen wegen „aufreizender Redensarten" zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein parteiloser Arbeiter Fritz Englisch hatte am 11. Juli SA-Leuten, die auf einem Lastauto saßen, angeblich „Nieder mit den Nazilergen" zugerufen. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein 18jähriger parteiloser Arbeiter Robert Jungert, der sich, als er von sogenannten „Andersdenkenden" überfallen wurde, zur Wehr setzte, wurde wegen Nötigung und vorsätzlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

In allen diesen Fällen wurde sofortige Strafverbüßung verfügt.

10 Menschen ertrunken

Breslau. Sonntag vormittag ertrank beim Baden in der Oder kurz vor Wilhelmshafen der 11jährige Schüler Horst L. Er konnte geborgen werden, Wiederbelebungsversuche waren aber erfolglos.

Am Nachmittag wurde von der Feuerwehr die Leiche eines 18jährigen Fleischergesellen Z. aus der Oder unterhalb der Wilhelmsbrücke geborgen, der beim Baden ertrunken ist.

Hindenburg. In Zaborze ertrank beim Baden in einem Teiche zwischen dem Georg- und dem Hermannschacht der 17 Jahre alte Arbeiter Engelbert Kokoska aus Zaborze.

Beuthen O.-S. Beim Baden in der Badeanstalt der Giesche-Kampfbahn ertrank ein 20—25 Jahre alter Mann. Obgleich er nach drei Minuten bereits aus dem Wasser gezogen wurde, blieben Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Sagan. Am Montag morgen ertrank der Arbeiter Koschel aus Petersdorf, als er mit einem Kollegen damit beschäftigt war, bei der Papierfabrik in Barge die über Sonntag gezogenen Staubohlen am Wehr wieder einzuziehen. Koschel, der verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Kindern ist, rutschte ab und wurde von den Fluten fortgerissen.

Sagan. Beim Baden im sogenannten „Blauen See" ist die 17jährige Ziegeleiarbeiterin Gertrud Janotzko aus Neu-Tschöpeln ertrunken.

Grünberg. Beim Baden in der Oder bei Dammerau geriet ein 12jähriges Mädchen in die Gefahr des Ertrinkens. Zwei andere Mädchen kamen zu Hilfe. Dabei geriet die 19jährige Amalie Hausmann ebenfalls in die Gefahr des Ertrinkens. Die 16jährige Kontoristin Marta Zepter aus Berlin, die in Dammerau auf Besuch weilte, sprang der Ertrinkenden nach, wurde aber von dieser so fest am Halse gepackt, daß beide Mädchen in der Tiefe versanken, während das 12jährige Mädchen gerettet wurde. Die Leiche der Zepter wurde bald darauf geborgen.

Beim Baden in der Oder ertrank in Saabor der 20jährige Sohn des Hausbesitzers Semmler; er war in einen Strudel geraten und konnte nicht mehr gerettet werden.

Bei der alten Fähre bei Neusalz geriet der des Schwimmens nicht kundige 7jährige Werner Ludwig an eine tiefe Stelle und ertrank.

SSB Breslau gegen die Terrorurteile in Brieg

Gestern fand bei Hoffmann in Pöpelwitz eine Mitgliederversammlung des SSB Breslau statt, in der eine Reihe von innerorganisatorischen Angelegenheiten behandelt wurden. Genosse Kirstein gab eine kurze Uebersicht über die politische Situation.

Einstimmig wurde eine Resolution, die auf das schärfste gegen das ungeheuerliche Terrorurteil der Klassenjustiz im Ohlauer Prozeß protestiert, angenommen.

Zu der Bluttat in Ober-Wüstegiersdorf

Waldenburg, 22. August.

Zu der Bluttat in Oberwüstegiersdorf, wo, wie gemeldet, in der Nacht zum Sonnabend der Eisenbahner Lehrig von seiner Frau erschlagen wurde, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Lehrig war Hilfskolonnenführer und hatte Aussichten, noch einen besseren Posten zu bekommen. Er wurde aber mehr und mehr Alkoholiker, und aus diesem Grunde wurde ihm seine Stellung gekündigt. An seinem Entlassungstage, am Freitag, kam er betrunken nach Hause und schickte die Kinder noch einmal nach Schnaps. Die Tragödie muß sich in der Zeit von 21 bis 24 Uhr abgespielt haben. Zeugen für die Tat sind nicht vorhanden, da die Eheleute und die vier kleinen Kinder getrennt schliefen. Erst nach 24 Uhr schickte Frau Lehrig die älteren Kinder in die Nachbarhäuser nach Hilfe. Der herbeigerufene Arzt stellte bei Lehrig ein großes Loch in der Schadeldecke fest, durch das das Gehirn zutage trat, ferner Wunden über den Augen und am Rücken. Die mittlerweile am Tatort erschienene Mordkommission veranlaßte die Ueberführung ins Krankenhaus nach Wüstegiersdorf, wo er noch am Sonnabendvormittag starb. Bei der Vernehmung verdächtigte Frau Lehrig zunächst die beiden ältesten Söhne aus erster Ehe, die auch verhaftet wurden. Inzwischen hatte aber Frau Lehrig der Bahnpolizei gegenüber ein Geständnis abgelegt, sie habe ihren Ehemann in der Notwehr erschlagen. Darauf wurden die zu Unrecht verhafteten Söhne wieder freigelassen. Frau Lehrig befindet sich bisher auf freiem Fuß.

Verkehrsunfälle

Breslau. Der Mechaniker F. wurde in der Nacht, als er mit seinem Motorrad über die Universitätsbrücke fuhr, an der Burgstraße von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Der Führer des Motorrades erlitt bei dem Sturz lebensgefährliche Verletzungen und blieb besinnungslos liegen. Seine Soziusfahrerin, die ebenfalls stürzte, erlitt weniger schwere Verletzungen. Der Führer des Personenkraftwagens fuhr unbekümmert um die Verletzten davon, wurde aber von einem Radfahrer, der Zeuge des Unfalls war, eingeholt und an die Unfallstelle zurückgebracht.

Schweidnitz. Zwischen Schweidnitz und Arnsdorf wurde der Rentner Rübesam mit seiner Frau und seiner 12jährigen Tochter von einem Motorrad überfahren. Alle drei mußten mehr oder weniger schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Hirschberg. Am Sonntag abend gegen 11 Uhr verunglückte auf der Straße Krummhübel—Steinseiffen ein mit sechs Personen besetztes Auto dadurch, daß es gegen einen Baum fuhr und sich dabei überschlug. Vier der Insassen wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Die übrigen beiden Insassen wurden leichter verletzt. Sie stammen sämtlich aus Hirschberg.

Kleine Kriminalchronik

Hirschberg. In Warmbrunn wurde von der Polizei ein seit fast zehn Jahren gesuchter Verbrecher, dem ein Totschlag zur Last gelegt wird, verhaftet.

Höchste Qualität bei vollem Format

garantiert Josetti allen Freunden der Marke

JUNO.

Um diese wertvolle Cigarette dem Raucher stets in unveränderter Güte liefern zu können, müssen wir darauf verzichten, unserer Juno Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beizufügen

Josetti hat nur das eine Ziel:

Durch beste Tabake den Kenner dauernd zufrieden zu stellen!

Die Vereinigten Theater

Eröffnungs-Vorstellungen und Spielplan 1932/33

Breslau, 23. August.

Am Sonnabend, den 3. September 1932, beginnen die Breslauer Schauspielbühnen, Lobe- und Gerhart Hauptmann-Theater, ihre neue Spielzeit. Es ist die 12. unter Leitung des Intendanten Barnay. Ferner wird an diesen Tagen das Gerhart Hauptmann-Theater der Oeffentlichkeit übergeben werden, wozu der Dichter sein persönliches Erscheinen zugesagt hat. Als Festvorstellung gelangt das Glashüttenmärchen „Und Pippa tanzt“ in der Inszenierung des Intendanten Paul Barnay, zu Ehren und auf Wunsch des Jubilars in der ungestrichenen Originalfassung, zur Aufführung. Die dem Rahmen dieser Inszenierung angepaßte musikalische Ausgestaltung liegt in der Hand von Dr. Edmund Nick. Im Gegensatz zu den Gerhart Hauptmann-Festspielen anläßlich des 60. Geburtstages des Dichters, also im Jahre 1922, hat sich die Intendanz entschlossen, die Festvorstellung ausschließlich mit ständig engagierten Mitgliedern der Vereinigten Theater zu besetzen, lediglich Angela Sallocker, jetzt am Münchener Staatstheater, wurde von auswärts hinzugezogen. Infolge des großen Interesses für diese Vorstellung, bei der zahlreiche Persönlichkeiten der Presse, der Kunst- und Theaterwelt aus dem ganzen Reich vertreten sein werden, ist jedoch das Haus schon ausverkauft. Auch Vormerkungen für evtl. zurückkommende Plätze sind bei der Intendanz so zahlreich eingegangen, daß voraussichtlich nur wenige berücksichtigt werden können. Aus diesem Grunde hat sich die Intendanz an Gerhart Hauptmann mit der Bitte gewendet, auch für die zweite Vorstellung, am 4. September, sein Erscheinen zuzusagen. Ueber die baulichen Veränderungen des Gebäudes, die Zweckmäßigkeit seiner Einrichtungen usw. wird demnächst an anderer Stelle ausführlich berichtet werden. — Im Lobetheater kommt als Eröffnungsstück Gustav Freytags Meisterlustspiel „Die Journalisten“ in neuer Inszenierung heraus.

Der Spielplan bringt

aus dem klassischen und älteren Repertoire: Goethe: „Iphigenie“ (Wiederaufnahme für die Schuljugend, wie die Direktion bemerkt [!]); Schiller: „Fiesko“; Kleist: „Prinz von Homburg“; Shakespeare: „Julius Caesar“, „Troilus und Cressida“; Hebbel: „Gyges und sein Ring“; Freytag: „Die Journalisten“; Raimund: „Alpenkönig und Menschenfeind“; Thoma: „Magdalena“; Ibsen: „Peer Gynt“; Strindberg: „Traumspiel“; Wedekind: „König Nikolo“; Hauptmann: „Und Pippa tanzt“, „Die versunkene Glocke“, „Gabriel Schillings Flucht“; Kaiser: „Der gerettete Alkibiades“ evtl. das neueste Werk „Schwanengesang“; Unruh: „Offiziere“; Rolland: „Wölfe“; Shaw: „Major Barbara“, „Zu wahr, um schön zu sein“. Von modernen Werken sind zur Aufführung angenommen bzw. vorgesehen: Barlach: „Der arme Vetter“; Billinger: „Lob des Landes“; Graff und Hintze: „Die endlose Straße“; Hermann Heinz Ortner: „Schuster Anton Hitt“; Schurek: „Kamrad Kasper“; Chlumberg: „Wunder um Verdun“; Roßmann: „Flieger“; Krug und Frank: „Menschen am Schienenstrang“; Gmeyner: „Automatenbüfett“; v. Richthofen: „Hardenberg“; Wollenkamp: „Theres geht vorüber“; Hay: „Sigismund“; Castonier: „Angèle Dulon“; Duschinsky: „Kaiser Franz Joseph I. v. Oesterreich“; Bruno Frank: „Der General und das Gold“; Urbantschitsch: „Die Ahnungslosen“; ferner ist die Erwerbung der neuen Stücke von Bruckner, Horvath, Meller, Winsloe, Zuckmayer u. a. geplant. Von musikalischen und heiteren Werken sind vorläufig in Aussicht genommen: Boratl-Katscher: „Pech muß man haben“; Ebermayer-Gammerlohr: „Bargeld lacht“; Colantuoni-Stemmle: „Geld ohne Arbeit“; Berr-Verneuil/Benatzky: „Meine Schwester und ich“ u. a. m.

Das künstlerische Personal

weist zahlreiche Veränderungen auf. Mit Ablauf der vergangenen Spielzeit sind aus dem Verband der Vereinigten Theater ausgeschieden: Viktoria Ballasko, Fita Benkhoff, Trude Eger, Hildegard Grethe, Angela Sallocker, Henny Schramm; Walter Bäuerle, Benno Carlé, Martin Lindemann, Hans Reitz, Alfred Salzmann. Wiederverpflichtet wurden vom Regiekollegium: Erich Baumay, Martin Magner, Harry Wilton; vom darstellenden Personal: Elise Eckert, Helene Dietrich, Käte Habel-Reimers, Hanna Meyer, Ria Rose, Maja Sering; Siegfried Burck, Paul Demel, Karl Eberhard, Harry Förster, Hans Frank, Arthur Freudenberg, Alfred Habel, Manfred Inger, Hans Modin, Hermann Menschel, Louis Oswald, Dr. Anton Schmerzenreich, Leo Salenko, Emil Stöhr. Neu verpflichtet wurden: Hermann Schultze-Griesheim als Regisseur und Schauspieler (Stadttheater Zwickau), Ulrich Arle (Deutsches Schauspielhaus Hamburg), Peters Arnolds (Stadttheater Görlitz), Hanns Grathwohl, Werner Jung (Stadttheater Augsburg), Hans Keller, Paul Klinger (Landestheater Oldenburg), Rudolf Klix (Landestheater Darmstadt), Jaro Klüger (Intimes Theater Nürnberg); Ruth Albu (Berlin), Felicitas Königsberg (Deutsches Theater Mährisch-Ostrau), Gertrud Kerger, Ilse Klein (Schauspielhaus Zürich), Marion Leporini (Deutsches Volkstheater Wien), Hilde Volk.

*

Und nun eine Schlußbemerkung. Um das Theater ist in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung für den ideologischen Kampf der Klassen in letzter Zeit auch in Breslau heftig gestritten worden. Volksbühne und „Deutsche“ Bühne warben in den vergangenen Wochen an den Litfaßsäulen „im Namen des Volkes“. Wir werden daher in dieser Spielzeit energischer und eingehender als in der vorigen die für die Arbeiterklasse prinzipiellen Fragen auch auf diesem Gebiet aufrollen und dabei im einzelnen auf die künstlerische Besetzung und die Spielplangestaltung der Breslauer Schauspielbühnen eingehen. E. K.

Vorübergehende Aenderung im Straßenbahnfahrplan

Breslau, 23. August.

Infolge der Straßenbauarbeiten an der Kreuzung Blücherplatz und Ring-Südseite treten im Betriebe der Straßenbahn vom 23. August ab folgende Aenderungen zwecks Umleitung verschiedener Straßenbahnlinien ein:

a) Aenderungen in der Linienführung:

Linie 4 wird, von der Großmarkthalle kommend, über Sonnenplatz, Gartenstraße, Hauptbahnhof, Taschenstraße, Poststraße, Ohlau-Ufer, Garvestraße, Mauritiusplatz nach Morgenau umgeleitet. Von Morgenau kommend, verkehrt diese Linie wie bisher über Ring (Nordseite) nach der Großmarkthalle. Bei Fahrten zwischen Morgenau und Ring wird diese Linie um den Streckenabschnitt Nikolaistraße, Königsplatz, Reuschestraße verlängert.

Linie 5 wird ebenfalls bei Fahrten zwischen Ofener Straße und Ring bis zum Königsplatz verlängert.

Linie 9 und 10 verkehren, von Gräbschen kommend, über Sonnenplatz, Gartenstraße, Hauptbahnhof, Taschenstraße, Poststraße, Ohlau-Ufer nach Zimpel bzw. Leerbeutel. Von Zimpel bzw. Leerbeutel kommend, verkehren diese Linien wie bisher über Ring (Nordseite) nach Gräbschen.

Linie 21 verkehrt während der ganzen Betriebszeit zwischen Leerbeutel und Königsplatz.

b) Aenderungen im Fahrplan:

Linie 1/11 ab Grüneiche um 0,35 fährt bis Schwertstraße, ab Schwertstraße 1,12 nach Grüneiche. Ab Grüneiche um 0,57 nach Königsplatz, ab dort 1,19 nach Grüneiche. Die Sonnabend-Nachtwagen ab Grüneiche um 1,21 und 1,46 fahren schon um 1,16 und 1,41 bis Königsplatz, ab Königsplatz um 1,36 und 2,01 nach Grüneiche (Straßenbahnhof).

Linie 4. Die Wagen ab Großmarkthalle um 9,06, 9,18 und 9,30 fahren über Sonnenplatz, Tauentzienstraße nach Ofener Straße (Straßenbahnhof). Der Sonnabend-Nachtwagen ab Ring um 1,41 nach Morgenau fährt um 1,46 ab Königsplatz nach Morgenau.

Linie 5 ab Ofener Straße (Straßenbahnhof) fährt um 4,45 einen Frühwagen nach Königsplatz. Die Sonnabend-Nachtwagen ab Ofener Straße um 1,21 und 1,46 fahren schon um 1,15 und 1,40 bis Königsplatz, ab Königsplatz um 1,36 und 2,01 nach Ofener Straße.

Linie 21. Erster Wagen ab Piastenstraße um 5,32 bis Königsplatz.

Die Abfahrtszeiten der Linien 9 und 10 von den Endstellen ändern sich nicht. Bei den Linien 4, 5 und 21 ändern sich die Abfahrtszeiten ab Ring (Südseite) im allgemeinen nicht.

Um den Fahrgästen vom Sonnenplatz in Richtung Ring Fahrgelegenheit zu geben, wird eine Pendellinie eingerichtet, die während der ganzen Betriebszeit alle 10 Minuten am Sonnenplatz den Anschluß von der Linie 10 in Richtung Ring aufnimmt.

Fünf neue Verkehrsampeln

Vor einigen Wochen berichteten wir über die bevorstehende Anbringung von fünf neuen Verkehrsampeln an besonders wichtigen Straßenkreuzungen. Es waren dies die Ecken Albrechtstraße/Ring, Albrechtstr./Schuhbrücke, Ohlauer Straße/Schuhbrücke, Schweidnitzer Straße/Junkernstraße und Schweidnitzer Straße/Karlstraße. In diesen Tagen sind die Verkabelungsarbeiten in Angriff genommen worden. Man rechnet damit, daß diese fünf neuen Ampeln in der ersten Hälfte des September in Betrieb genommen werden.

Im vergangenen Jahre waren auf einigen Verkehrsinseln Säulen mit Blinklicht zur Aufstellung gelangt. Dieses Blinklicht hat sich jedoch nicht besonders bewährt. Vor kurzem ist auf der Verkehrsinsel Kaiser-Wilhelm-Straße Ecke Goethestraße eine sogenannte Essener Leuchtsäule (so genannt nach ihrer Herkunftsstadt Essen) aufgestellt worden, mit der man wesentlich bessere Erfahrungen gemacht hat. In nächster Zeit sollen noch mehrere solcher Lichtsäulen zur Aufstellung gelangen, und zwar besonders auf solchen Inseln, die verkehrstauend wirken.

Ein besonderes Sorgenkind der Verkehrspolizei bildet zur Zeit die Bischofstraße, auf der in beiden Fahrtrichtungen jetzt so viel Kraftfahrzeuge zu parken pflegen, daß der Durchgangsverkehr stark beeinträchtigt wird. Wie verlautet, soll für die Bischofstraße ein Parkverbot erlassen werden. Dafür soll ein Parkplatz auf dem Neumarkt, und zwar an der Ecke Messer- und Tannengasse, geschaffen werden.

Kleine Sportnachrichten

Bezirksrat 1. Bezirk. Achtung! Sonnabend, 27. August, 20 Uhr, Bezirksratssitzung. In Anbetracht der Wichtigkeit müssen sämtliche Bezirksratsmitglieder anwesend sein.

Kurt Friedrich

Sportvereinigung Nord-Ost 03, Breslau: Mittwoch, 24. 8., 20 Uhr, bei Martin Zeudlich, Malwitzer Str. 11, Vorstandssitzung. Kassierer und Abt.-Leiter Bücher mitbringen.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Rote Wespen: Mittwoch, 18.30 Uhr, Probe Lothringer Str. 16. Alles hat pünktlich da zu sein.

Monistische Jugend (Zentrale Grünstr. 14/16): Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Unterhaltungs- und Liederabend. Gäste willkommen. Achtung! Heim I, Genossen, Donnerstag Mitgliederversammlung.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Mittwoch, 24. August
8.30 Uhr
Herzdame

Gartenbühne
Mittwoch, 24. August
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

Bez. Sachsen

Mitarbeiterin der SAZ sucht Oktober, spätestens Ende Dezember
In Dresden, bzw. Chemnitz-Sa. 2-Zimmer-Freiwohnung gegen Stellung von Mobiliar für Wohn-Schlafzimm. u. Kücheneinrichtung
Günstige Gelegenheit zur gemeinsamen Haushaltsführung für intellekten Genossen
oder **Tauschwohnung an kinderlosen Beamten in Plauen-Vogtland**
Stadtmitte, 3 Zimmer, Küche und reichl. Zubehör, Friedensmiete 580.— RM. Erwünscht ist Wohnung mit Bad, elektr. Licht, Zentrumslage. Eilangebote unter „Schriftstellerin. SAZ“, an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Breslau

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.
zu haben bei:
Wilhelm Kupczyk
Schießwerderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

„Der Klassenkampf“
Die Monatsschrift für den klassenbewußten Arbeiter
Vierteljährlich 1.35 Mk.
Einzelnummer 0.45 „

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Wo decke ich meinen Bedarf?

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Stets frisch zu haben bei:
Wilhelm Wollny
Friedrich-Karl-Str. 34
Ecke Westendstraße
Kolonialwaren
Kaffeerösterei

Eis-Vater
Breslau, Posener Straße 34

WESTEN

Obst · Gemüse · Kolonialwaren
Erich Völkel Fergstraße 3(?)

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei **Ritter**, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. 27307

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. Tel. 28021

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Steinauer Str. 6
Emil Lüdeck

Besucht das „Proleton“
Arbeiter-Sport-Kartell

Franz Rzehulka
Kolonialwaren / Tabake
Alsenstraße 46, Ecke Lenthestraße

Genossen! Fahrräder — Motorräder
bei **Karl Borst jun.**, Steinauer Straße 12a.

Fleischermeister Max Lattner
Posenerstraße 23
Stets Ia Qualität — Niedrigste Preise

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren**
Richard Polke, Anderssenstr. 16

Restauration Traugott [illegible]
Westendstraße [illegible]
Treffpunkt aller Genossen
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

„Der König rief aus dem Jenseits“

Das Wiedererwachen der Hohenzollern und Preußenlegende

Breslau, 22. August.

Am letzten Sonntag wurde bei Deutsch-Lissa das Leuthener Schlachtendenkmal zur Erinnerung des Sieges Friedrichs II. von Preußen über Maria-Theresia von Oesterreich feierlich nach seiner Wiederinstandsetzung eingeweiht. Dabei waren die „Stellvertreter“ des preußischen Herrgotts sowie eine Fülle abgetakelter Offiziere als Publikum vorhanden, während die verschiedenen Kriegervereine und nationalistischen Organisationen wie z. B. der Stahlhelm als Kulisse dienten.

In den verschiedenen Festreden wurde jene alte Lüge von der nationalen Mission der Hohenzollern und vom Geist der preußischen Armee Friedrichs wieder zum Leben zurückgerufen.

Pfarrer Geisler sagte: „Der Geist von Leuthen war nicht nur der Geist der Tapferkeit und des Wagemuts, sondern auch der Treue, des Pflichtgefühls, der Vaterlandsliebe, der Zucht und des Gottvertrauens.“

Der ehemalige Oberst Schwerk erklärte: „Vor der Schlacht von Leuthen habe die ganze preußische Armee nur einen Wunsch gehabt, zu siegen oder zu sterben.“

Soviel Worte, soviel Lügen! Die Armee Friedrichs, des sogenannten Großen, war eine Söldnerarmee, ständig desertierten Soldaten, ständig waren die Profosse in Tätigkeit, um überhaupt die Armee zusammenzuhalten. Die meisten Soldaten Friedrichs hatten ebensowenig wie die Herren um die „Schlesische Zeitung“ etwa den Wunsch zu sterben, ihre Wünsche sahen gar nicht nach Denkmalseinweihung aus. Der Wunsch eines friderizianischen Grenadiers war, daß er seine Löhnung pünktlich und voll ausgezahlt erhalte, daß er zu essen hätte, und daß er sich möglichst wenig gefährde, denn seine geraden und gesunden Knochen waren oft sein einziger Besitz. Der Geist von Leuthen war nicht der Geist des Pflichtgefühls und der Vaterlandsliebe, sondern der Geist des Korporalstocks, der Kriegsgerichte und der monarchischen Diktatur.

Nicht zuletzt wurde der kindliche Versuch gemacht, „Preußentum“ zu predigen. Preußen war in jenen Tagen, um die es sich hier handelt, mit Hohenzollern identisch. Dazu aber hat sich Franz Mehring mit unüberbietbarer Klarheit einmal geäußert:

„Nach der Behauptung der bürgerlichen Geschichtsschreibung soll nun aber doch ein deutscher Staat und ein deutsches Fürstenhaus den rettenden Weg aus dieser nationalen Misere gezeigt haben, nämlich der preußische Staat und das hohenzollernsche Fürstenhaus. Es gibt darüber zwei Legenden, von denen die ältere die nationale, die jüngere die soziale Mission der Hohenzollern in blendendes Licht stellt. Die ältere Legende wurde vor etwa zwei Menschenaltern aufgebracht, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, und zwar von der deutschen Bourgeoisie, die danach verlangte, durch preußische Bajonette die nationale Einheit hergestellt zu sehen, deren sie für ihre kapitalistischen Zwecke bedurfte, ohne daß sie selbst Blut und Knochen dransetzen wollte. Da nach dieser Legende soll der preußische Staat im Gegensatz zu den übrigen deutschen Staaten, namentlich dem österreichischen, den nationalen Gedanken immer kräftig vertreten und dadurch den Anspruch auf die Führung Deutschlands erworben haben.

. . . Tatsächlich ist das eine so erfunden wie das andere. Der preußische Staat ist groß geworden durch permanenten Verrat an Kaiser und Reich, und nicht minder groß ist er geworden durch das Schaben und Schinden seiner arbeitenden Klassen. Es gibt keinen anderen deutschen Staat, der ihm in der einen oder anderen Beziehung überlegen gewesen wäre. Er hatte von jeher sein Schwergewicht in den ostelbischen Gebieten

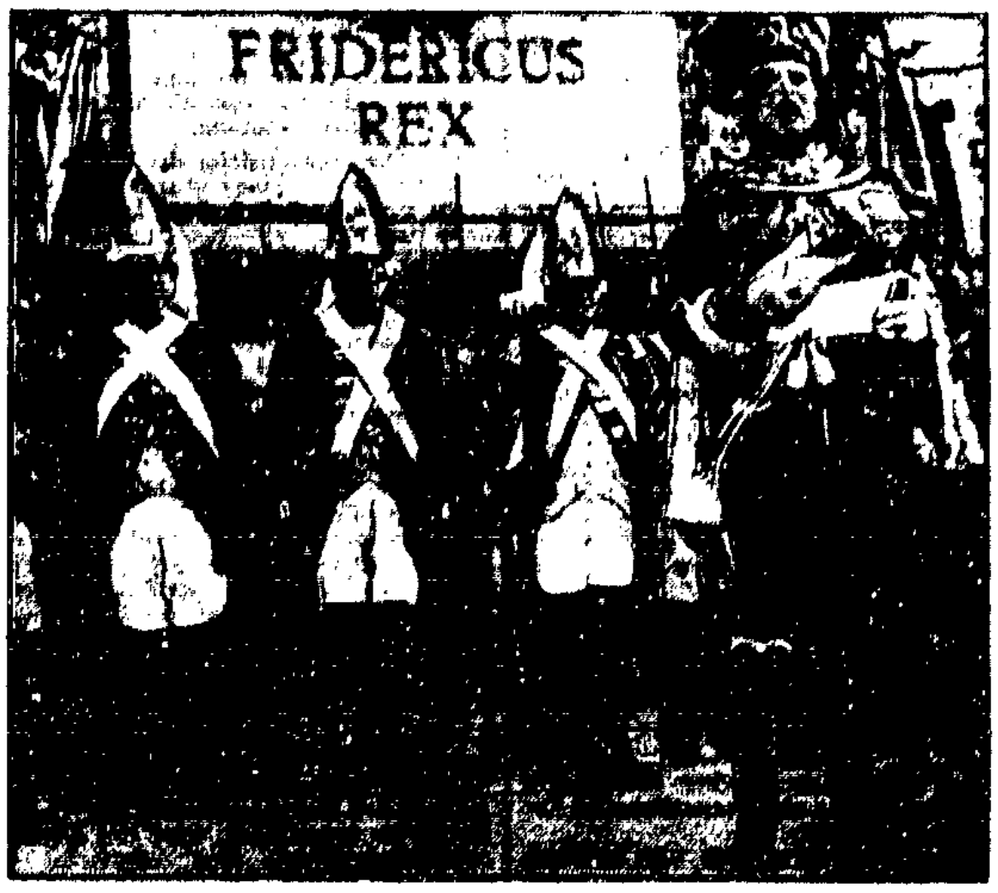
. . . In dem feindlichen Gegensatze zwischen Oesterreich und anderen europäischen Großmächten, namentlich Frankreich, ist der preußische Staat emporgewachsen, künstlich herangezüchtet als Pfahl im Fleische des Hauses Habsburg, als „Element der nationalen Dekomposition“.

. . . Einzig und allein mit französischer Hilfe hat dann der König Friedrich von Preußen Schlesien geraubt, die wertvollste Provinz des österreichischen Staates. In diesem „großen“ preußischen König sah die französische Politik nur einen Pilgrankönig, einen Puppenkönig, der unweigerlich nach der französischen Pfeife tanzen mußte.“

So lügen sie!

In der Morgenausgabe der „Schlesischen Zeitung“ vom 22. August heißt es im Artikel „Zurück zum Geist von Leuthen“: „Während der Revolution von 1918 wurde das Denkmal durch ruchlose Hände geschändet und seines Bronzeschmucks zum größten Teil beraubt“. Wie wir erfahren, ist das Leuthendenkmal nicht 1918, sondern 1923, während der Inflation, bestohlen worden. Kommentar überflüssig.

Aus der „Deutschen Republik“



Das Leuthener Altardenkmal wurde am letzten Sonntag wiedereingeweiht. Blechscheppernd ist die „Vergangenheit“ aus der Gruft emporgestiegen. Herr von Mackensen ist hier gerade dabei, eine Botschaft des abgesetzten Kaisers an „seine Kameraden“ zu verlesen.

Das wird uns retten!

Die reaktionären Baderegeln des Herrn Bracht

Herr Dr. Bracht, der Reichskommissar für Preußen, hat zu seinen ersten Erlassen über die Bekämpfung der Freikörperkultur nunmehr die näheren Anweisungen herausgegeben. Diese Ausführungsbestimmungen sind außerordentlich ernst zu nehmen, weil sie in der unerhörtesten Weise polizeilicher Willkür Tür und Tor öffnen. Herr Dr. Bracht beteuert zwar, daß er alle Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit durchaus begrüße, aber die Bestimmungen, die er dieser Beteuerung folgen läßt, lassen befürchten, daß künftig das Badeleben der Bevölkerung aufs empfindlichste eingeschränkt, ja vielfach unmöglich gemacht werden wird.

Seine Verordnung bezieht sich auf jede Art von Baden, insbesondere, wie er sich ausdrückt, auch auf das sogenannte Luftbaden. Die Polizei hat nicht nur dann einzugreifen, wenn im Einzelfall jemand „Aergernis genommen“ hat, „sondern auf jeden Fall, an dem von vernünftigen Menschen Aergernis genommen werden kann“. Wo hier die Maßstäbe zu suchen sind, verrät Herr Dr. Bracht leider nicht. Aber welche Perspektiven sich ergeben, das wird ganz klar, wenn man weiter liest, daß die Entscheidung darüber, welche Badekleidung als anstößig anzusehen ist, dem pflichtmäßigen Ermessen der Ortspolizeibehörde überlassen wird! Man kann sich unschwer ausmalen, zu welchen Willkürmaßnahmen diese Verordnung, insbesondere in katholischen Gegenden, führen wird. Nicht einmal mehr die kleinsten Kinder werden Sonne, Luft und Wasser ohne polizeiliche Schikanen genießen können.

Der Gipfel dieses reaktionären Wahnsinns wird aber durch die weitere Bestimmung erreicht, die besagt: „Die nachgeordneten Polizeibehörden können weitergehende Bestimmungen erlassen.“ Man braucht nicht das näheren darzulegen, was das in der Praxis bedeuten wird. Diese Baderegeln des Herrn Dr. Bracht sind ein wichtiges Glied in der Kette der kulturreaktionären Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung — und es ist zu befürchten, daß es noch längst nicht der letzte Schlag ist, der von dieser Seite her gegen Vernunft und Fortschritt geführt wird.

Solidaritäts-Song

Wenn einer allein steht in seiner Not
Und verzweifelt klagt über große Bedrängnis,
So gehe er vorwärts um einen Schritt weiter
Und mißachte das eigene Verhängnis,
Das ja ohnehin nicht nur sein ist,
Sondern — verdammt und verflucht! — allgemein ist.
Denn nie erreicht etwas ein einzelner Mann.
Drum strebe keiner noch Glück und Ruh.
Nichts wird ändern der einzelne Mann,
Da gehören viele dazu:
Alle, alle, du, du und auch du!
Wie es das alte Kampflied sagt,
Daß uns kein Gott hilft noch Tribun,
So erinnere dich und jeden daran,
Gemeinsam zu handeln und alles zu tun,
Was deiner Klasse zu nutzen vermag.
Und pfeife auf Wunder vom jüngsten Tag.
Frage auch nicht, weshalb und wann?
Für dich und die um dich gibt's keine Ruh.
Nur eines gilt: auf jeden kommt's an!
Da gehörst du dazu
Und alle, alle, auch du und du!
Gewöhne dich endlich, dein Ich zu vergessen,
Das sich einzig von falschen Hoffnungen nährt.
Statt dessen immer deiner Genossen gedenke,
Damit jeder wisse, er ist etwas wert,
Und er darauf baue, daß er nicht allein ist,
In einer Not, die auf der Welt allgemein ist.
Aufklären kann jeder einzelne Mann
Und die Säumigen wecken aus gefährlicher Ruh.
Und weil jeder von uns das kann,
Darum, Proleten, gehören dazu:
Alle, alle, du, du und auch du!

Walter Steinbach.

Das Bauhaus wird geschlossen

Das Stadtparlament von Dessau hat einen nationalsozialistischen Antrag angenommen, das Bauhaus zum 1. Oktober dieses Jahres zu schließen und allen Lehrern zu kündigen. Damit wird die weitere Wirksamkeit eines Institutes, das bei allen kritischen Einwänden, die man im einzelnen erheben konnte, doch ein wichtiger Faktor fortschrittlicher Kunst gewesen ist, unmöglich gemacht. Die deutsche Kulturreaktion kann einen neuen Erfolg verbuchen.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

24) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Vertilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Job, gib mal den Negerschweiß her!“

Job bringt dem Langen die Kaffeekanne. Der trinkt, vorher rahmt er mit dem Handrücken den Kohlenstaub von der schwarzen Brühe ab.

Dampf für zwölf Meilen Marschfahrt — das ist zum Aushalten, das ist Arbeit, bei der man sich mal grade recken, bei der man sich auch mal verschnaufen kann. Beim Dampfmachen für 24 Meilen in der Stunde denken die Heizer nicht mehr daran, miteinander zu reden. Dann kleben die nassen Fetzen nur so an den Schenkeln, die Muskeln zittern, die Zungen hängen wie Stücke Holz in den Mäulern.

„Für zwölf Meilen — das ist Sache, was?“

„Ja, wenns nach ‚Anker auf‘ bloß nicht mehr wird!“

„Daß wir überhaupt noch mal rausfahren . . .“

„Weit geht's auch nicht, bloß bis Helgoland!“

„Wir fahren nur als Deckung für die Minenfischer!“

„90 U-Boote sind noch draußen. Die kennen die Fahrstraße nicht. Die sollen wir reinholen! Das weiß ich vom Posten Brücke. Und der hat's vom Kommandanten gehört!“

Der lange Heizer Raumschuh holt einen Priem vor:

„Da, beiß dir auch mal einen ab, Job!“

Der Trimmer heißt eigentlich Jakob, mit seinem ganzen Namen Jakob Bonczyk. Die Heizer rufen ihn kurz Job oder Brummschick, oder auch Brummschädel.

„Und wenn die U-Boote drin sind, dann ist's vorbei!“

„Dann hat der Dreck ein Ende, dann ist Frieden!“

„Mensch, Junge — Frieden! Wie das bloß ist?!“

„Wo bleibst du denn nachher ab, Brummschädel?“

„Ich? Ich geh nach Herne, wieder in' Kohlenpütt!“

„Letzten Urlaub in Berlin, da hab ich mir so ein Puppchen angelacht . . .“

Der wachhabende Obermaat betritt den Heizraum. In seiner hellen Uniform hebt er sich von den verschmierten Gestalten vor den Feuern ab: „Ihr habt wohl nichts zu tun, was? Raumschuh, machen Sie mal auf!“

Heizer Raumschuh macht die Feuerungstür auf:

„Ein Feuerchen — jawohl, das kann der Obermaat sich mal ansehen!“

„Ganz egal, steht hier nicht rum — ran, aufschleusen!“

Die Heizer holen die langen Schleusstangen; sie öffnen die Feuerungsklappen, stoßen die Stangen in die Glut und brechen langsam ihre Feuer auf.

„Ein Puppchen, dufte sage ich dir!“

„Die sind doch alle egal — Loch ist Loch!“

„Das sag nicht! Ich kenne sie eigentlich schon von früher. Aber das war bloß so von weitem. Diesmal bin ich ihr dichter an die Haut rangekommen. Naja, einen Alten hat sie, dem paßt das nicht ganz. So ein oller SPD-Knochen, du weißt schon, einer mit so 'ne Gipskrawatte — der will keinen Arbeiter, der will ‚was Besseres‘ für seine Tochter haben!“

Raumschuh spuckt einen Mund voll Priemsauce aus. Die Feuerungstür zischt leise auf: „Aber dem werden wir den Giftzahn schon ausbrechen! Das glaubst du doch, was Job?“

„Na und ob, aber ganz sicher!“

„Mensch, Brummschädel, da kommt mir ein Gedanke! Eigentlich kannst du nach Berlin mitkommen — ich fackel nämlich nicht lange, da wird gleich geheiratet. Und dabei kannst du dir mal richtig den Arsch vollsaufen!“

„Ein Gedanke, ein guter Gedanke, Karl!“

„Nach Herne, in dein dreckiges Kohlenloch, da kommst du immer noch früh genug wieder rein!“

Bonczyk wird von dem Obermaat weggerufen:

„Der Trimmer da, kommen Sie mal her! Räumen Sie die Stangen hier weg!“

Raumschuh macht sich an seinem Feuer zu schaffen. Er hat einen Rost entdeckt, der etwas verrutscht ist. Er holt sich eine Zange, um den Rost damit wieder an den richtigen Platz zu drücken.

Die Maschinenzentrale wird von der Kommandobrücke angeklingelt. Der leitende Ingenieur aus der Zentrale gibt durch die Sprachschläuche an die Maschinen- und Heizräume weiter:

„Dampf für 14 Meilen!“

„Dampf für 16 Meilen!“

Der Obermaat hängt den Sprachschlauch wieder an:

„Da habt ihr's, aber jetzt ein bißchen Bewegung — Dampf! Dampf!“

„Wieso mehr Dampf?“

„Verstehst du das, Karl?“

„Den Teufel versteh ich!“

„Zum Minenfischen langen doch 12 Meilen!“

„Und zum U-Boote Reinholen doch auch!“

„Was ist denn nu eigentlich los, wieso mehr Dampf, Herr Obermaat?“

„Machen Sie gefälligst Ihre Arbeit und kümmern Sie sich nicht um andere Angelegenheiten!“

Raumschuh sieht dem Obermaat nach:

„Ach soo?? Ich dachte, die Zeiten sind vorbei! Wir werden uns aber ganz verflucht um diese Angelegenheiten kümmern. Junges, da is was nicht echt, da is was im Gange! Wo ist denn Job?“

„Job!“

„Brummschick!“

„Brummschädel!“

Jakob Bonczyk ist schon die lange Steigeleiter hinaufgeklettert und oben an das Deck geschlüpft. Aus dem halben Licht des Heizraumes gekommen, ist er wie blind und muß sich vorsichtig vorwärts tappen. Nicht einmal den „Markgraf“ kann er sehen. Am achteren Schornstein trifft er einen Matrosen. Den fragt er, was los ist. Der Matrose weiß es auch nicht.

Dann rennt er mit einem anderen zusammen.

„Paß doch auf, du krummer Hund!“

Bonczyk erkennt die Stimme.

„Schorsch, du bist's?“

„Brummschick, was kriechst du denn hier rum?“

„Was ist denn eigentlich los, Schorsch?“

„Eben ist Befehl gekommen: ‚Kriegswache aufziehen! Anker auf!‘“

„Das ist doch wohl bloß wegen Minenfischen, es gibt doch jetzt Frieden?“

„Frieden — ja, Scheiße, eine ganz große Scheiße, ein Vorstoß!“

Bonczyk fängt in seinem leichten Heizraumpäckchen an zu frieren und blickt verloren übers Wasser. Er erkennt jetzt die Umrisse des Nachbarschiffes. Auch den vor ihm an der Reeling stehenden Schorsch sieht er deutlicher. Schorsch hat keine Mütze auf; sein dichtes Wuschelhaar steht aufrecht im Wind.

Schorsch starrt plötzlich gebannt in den grauen, treibenden Dunst hinein, nicht in Richtung der in einer Reihe verankert liegenden Schiffe, sondern über das freie Wasser weg. Er packt Bonczyk am Arm und rüttelt ihn:

„Job, siehst du, siehst du denn nicht?“

„Nein — nichts, was denn, wo denn?“

Jetzt sieht Bonczyk auch. Es kommt von vorn auf und treibt in geringem Abstand an dem vor Anker liegenden Geschwader vorbei, ein großer dunkler Körper mit zwei Riesenschornsteinen und Geschütztürmen, ein Schiff aus den schon marschierenden Verbänden. Es hat die Marschlinie verlassen und treibt breitschiffs in den Wellen, ohne Fahrt und ohne Steuerung.

„Mensch, Bonczyk — — verstehst du das?“

„Das ist — — ja ist das nicht . . .“

„Der „König Albert“, aber wieso — — stopp, jetzt morst er!“

Das Fahrzeug ist von der Nacht wieder geschluckt worden; ebenso schnell wie es aufgetaucht, ist es wieder verschwunden. Nur die Morsezeichen seines großen Scheinwerfers blinken durch das Dunkel. Zuerst gibt das Schiff sein Erkennungssignal ab und dann einen Morsespruch an das Kommando.

(Fortsetzung folgt.)

Falsche Staatsauffassung des ADGB

Zur selben Zeit, wo die Papen-Regierung ein Wirtschaftsprogramm herausbringt, das neue rigoroseste Maßnahmen gegen die Arbeitermassen enthält, Maßnahmen des Staates gegen die Arbeiterklasse, stellt der ADGB-Bundesvorstand seine im Juni proklamierten Richtlinien zum „Umbau der Wirtschaft" in den Mittelpunkt der freigewerkschaftlichen Tätigkeit. In der „Gewerkschaftszeitung" vom 13. August wird die Broschüre empfohlen, in der diese Richtlinien mit Begleittext inzwischen veröffentlicht worden sind, und als Motto für die Auffassung der ADGB-Instanzen und für die Richtlinien wird folgender Satz aus dem Vorwort der Broschüre vorangestellt:

„Voraussetzung für die Verwirklichung einer planmäßigen Gemeinwirtschaft ist die demokratische Staatsform. Nur im demokratischen Staat kann die Kraft der unterdrückten Schichten gegen den Widerstand der alten Mächte wirksam werden."

Nun ist es propagandistisch sicher richtig und gut, der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie und -Zerstörung die planmäßige Gemeinwirtschaft als Ziel der Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Das ADGB-Wirtschaftsprogramm will darüber hinaus — und das ist ebenfalls sehr richtig — sich keineswegs mit einer solchen Propaganda begnügen, sondern von den heutigen Verhältnissen ausgehend, auch den Weg zum Aufbau einer planmäßigen Gemeinwirtschaft zeigen und praktisch beschreiten sehen. Dieser Weg geht aber für die ADGB-Instanzen nach wie vor über das Parlament, sie glauben warten zu müssen, bis eines Tages Mehrheitsabstimmungen für ihre Richtlinien erfolgen. Und der Inhalt dieser Beschlüsse soll sein die Einrichtung der Staatskontrolle über Kartelle und Trusts, über die Banken, den Außenhandel usw. Staatskontrolle, d. h. Kontrolle durch Instanzen des demokratischen Staates, des Staates, wie er durch die Weimarer Verfassung geschaffen wurde, der jetzt, rückschauend, in der SPD- und ADGB-Presse sehr oft als verlorengehender „Rechtsstaat" bezeichnet wird.

In dieser Staatsauffassung der ADGB-Führung liegt einer ihrer Hauptirrtümer, ein Irrtum, der mit entscheidend gewesen ist dafür, daß wir in Deutschland überhaupt in eine solche Situation kommen konnten wie heute. Jetzt, nach den Erfahrungen des 20. Juli und des Versagens der Gewerkschaften bei allen Notverordnungsangriffen der verschiedenen Regierungen auf die Arbeiterklasse, ist es daher dringend notwendig, daß die Arbeiter selbst und vor allem die Gewerkschaftsmitglieder und -Funktionäre sich freimachen von dieser falschen Staatsauffassung und daß sie alle Kraft daran setzen, daß mit dieser falschen Grundeinstellung in der gesamten ADGB-Politik aufgeräumt wird.

Wenn die ADGB-Instanzen auch jetzt wieder sich an den demokratischen Staat klammern und von diesem Standpunkt aus Stellung beziehen, so lassen sie dabei folgenden entscheidenden Faktor ganz außer acht: es gibt nämlich eine rein formale und rein politische Auffassung vom Staat und von der Demokratie und eine soziale, d. h. eine auf die, einem bestimmten Produktionssystem entsprechenden Klassengegensätze gerichtete Betrachtungsweise. Nur die soziale Betrachtungsweise ist marxistisch und wirklich an die Dinge herankommend. Der soziale Inhalt des demokratischen Staates aber ist, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht radikal aufgehoben ist, das Weiterbestehen der Klassengegensätze, der Unterdrückung der weiter vorhandenen ausgebeuteten Schichten durch die Kapitalsvertreter. Der demokratische Staat hat deshalb genau so wie irgend eine andere Staatsform bei kapitalistischen Produktionsverhältnissen vor allem die Aufgabe, das bürgerliche Privateigentum zu schützen. Kontrollinstanzen können deshalb höchstens einige Auswüchse, besondere Spekulationsmanöver, Bilanzfälschungen u. dgl., bekämpfen, nicht aber den Mißständen zu Leibe rücken, die das kapitalistische System in seiner Niedergangsepoche zwangsläufig aus seiner eigenen Gesetzlichkeit heraus in immer schlimmeren Maße zeitigt.

Die Demokratie geht im kapitalistischen Staate nie weiter, als daß auch den unterdrückten Schichten gewisse Rechte, wie aktives und passives Wahlrecht, Versammlungsfreiheit u. dgl. gewährt wird; aber auch dabei bleibt stets ein Hintertürchen offen — Artikel 48 der Weimarer Verfassung beweist es —, daß auch diese Rechte außer Kraft gesetzt werden können, wenn sie mit den Interessen der Kapitalistenklasse nicht mehr zu vereinbaren sind. Der demokratische Staat ist geradezu ein Verhängnis für die Arbeiterklasse, wenn sie die sozialen Grundlagen über den formalen Erscheinungen unbeachtet läßt, wenn sie den demokratischen Staat als ein Ideal ansieht und auch in den Fragen des Kampfes gegen die Bourgeoisie, statt vom Standpunkt der notwendigen Vernichtung des demokratischen Staates von dem seiner Erhaltung aus orientiert. Das war das Verhängnis der ganzen Jahre seit 1918.

Wenn die ADGB-Führer sagen: „Nur im demokratischen Staat kann die Kraft der unterdrückten Schichten gegen den Widerstand der alten Mächte wirksam werden", so ist das ganz etwas anderes als das Engels ausdrückte mit der Formulierung: Der demokratische Staat ist der beste Kampfboden für die Arbeiterklasse! Er ist der beste Kampfboden nämlich gerade dann, wenn die Arbeiterklasse die soziale Grundlage auch dieses Staates nicht aus dem Auge verliert und auch den demokratischen bürgerlichen Staat zu vernichten sich als Aufgabe stellt. Für diesen Standpunkt, der von Marx und Engels immer wieder betont wurde, ist der demokratische Staat allerdings insofern ein besserer Kampfboden, als die Arbeiterschaft sich in ihm leichter sammeln kann, als mehr Freiheit für die Propagierung der Auffassungen und Aufgaben besteht als z. B. in einem faschistischen Staat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat nun bald 14 Jahre ihre Erfahrungen im demokratischen Staat sammeln können. Daraus müssen endlich die Lehren gezogen werden. Die ADGB-Politik muß von Grund auf revidiert werden, nur dann kann der ADGB wirklich mobilisieren, werben und Kämpfe führen.

Der belgische Streik und die reformistische Gewerkschaftsführung

Ein Genosse stellt uns folgenden Privatbrief aus Belgien zur Verfügung:

Lüttich, 15. August 1932.

„...Was kann ich Euch über die Lage hier sagen, was Ihr nicht selbst schon wüßtet. Der Streik brach ganz spontan aus und die Kampfstimmung war sehr groß. Die Belgische Arbeiterpartei und ihre Organe haben, ohne es zu wollen und es zu ahnen, eine Menge Sprengstoff herbeigetragen. Bei jeder Gelegenheit drohten die Leutchen der Bourgeoisie mit der Revolution: Wenn Ihr nicht vernünftiger werdet, dann...! Natürlich wußten sie ganz genau, daß die Drohungen die Bourgeoisie nicht im geringsten schrecken konnten, aber sie waren ja auch nicht zur Einschüchterung der Bourgeoisie bestimmt, sondern zum Einlullen der Arbeiter.

Es war jedoch ein Spiel mit dem Feuer. Die bis zum Weißbluten ausgepreßten Arbeiter nahmen die Drohungen bitter ernst, und ein kleiner Funke — die Absicht der Regierung, eine Brotsteuer einzuführen — genügte, um den Sprengstoff zur Explosion zu bringen. Die Einäscherung eines Schlosses und die unruhige Haltung der Streikenden gegenüber der Gendarmerie brachten der Bourgeoisie die „Unruhen" von 1886 in Erinnerung, bei denen, wie Ihr doch wißt, die Bergarbeiter die größte Rolle spielten*).

Dank der Tatsache, daß die Kräfte der belgischen Arbeiter bisher noch unverbraucht sind und sie von der Krise weit weniger betroffen sind als die deutschen Arbeiter, hätten selbst die Reformisten der Bourgeoisie eine Menge Konzessionen entreißen können, wenn — nun, wenn sie eben keine Reformisten wären. So jubelten sie auf, als das Parlament unter dem Eindruck der entschlossenen Haltung der Streikenden gegen eine Stimme und 22 Enthaltungen den Antrag Poulet-De Vèze-Max Hollet annahm, der der Regierungserklärung in den drei wichtigsten Punkten zustimmte: keine Brotsteuer, Gründung einer Kommission, die sich mit der Frage einer gerechten Arbeitsverteilung durch Einführung der 40-Stunden-Woche „ou par toute autre moyen" (oder mit irgendwelchen anderen Mitteln) befassen soll; keine weiteren Lohnsenkungen.

Dieser „parlamentarische" „Erfolg" begeisterte Vandervelde so sehr, daß er dem Landeskomitee der Gewerkschaften und dem Parteivorstand, die gemeinsam tagten, erklärte, in fünf Minuten müsse man den Abbruch des Streiks beschließen. „Beeilt euch, beeilt euch! Die Journalisten warten! Noch heute muß der Beschluß über den Abbruch des Streiks veröffentlicht werden!"

Aber die Streikenden hatten es nicht so eilig, wie der Staatsminister. Ihnen konnte eine eventuelle 40-Stunden-Woche nicht imponieren, da sie ja in ihrer erdrückenden Mehrheit nur drei bis vier Tage und selten nur fünf Tage arbeiten. Auch der vorläufige Verzicht auf weitere Lohnsenkungen bedeutete ihnen nicht viel, da sie doch nur Hungerlöhne bekommen. Nach Mitteilung des sozialdemokratischen „Peuple" vom 23. Juli sind die Löhne um 30 Prozent gesunken.

Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter ist 25 Franken = etwas über 3 Mark pro Tag, die Frauen erhalten einen Lohn von 10 bis 16 Franken.

Darum kümmerten sie sich nicht um den Partei- und Gewerkschaftsbeschluß und streikten weiter. Nun versuchten es die Gewerkschaften mit einer Urabstimmung. Aber sie hatten Pech: 93 Prozent der Bergarbeiter stimmten für Weiterführung des Streiks. Allerdings gelang es den Verbandsführern, die Arbeiter anderer Industriezweige vom Streik zurückzuhalten.

Auf dem letzten Bergarbeiterkongreß, der vor einer Woche stattfand, muß es hoch hergegangen sein, denn die Leute wagten nicht einmal, den Bericht über die Debatte zu veröffentlichen. Als die bürgerliche Presse diese Tatsache feststellte, fragte der „Peuple": „Und die Industriellenverbände, veröffentlichen die ihre Berichte?" Womit die Leute glatt zugeben, daß sie genau so viel zu verheimlichen haben wie die Industriellen.

Wie Ihr wißt, geht der Streik weiter. Aber wenn keine besonderen Ereignisse eintreten und es nicht gelingt, durch Einbeziehung anderer Arbeiterschichten den politischen Druck zu verschärfen, wird der Streik bald zusammenbrechen. Das würde zu einem schweren Schlag für die Gewerkschaften. Wahrscheinlich werden dann die Kommunisten auch hier mit RGO-Dummheiten beginnen. Die Bourgeoisie dagegen schreit nach faschistischen Garden. Aber vielleicht wird das belgische Proletariat anders reagieren als das deutsche..."

Der Brief ist gewiß eine persönliche Beurteilung der belgischen Vorgänge, aber er zeigt sehr deutlich die Gefahren des Reformismus in diesem Kampf. Es gibt eben dort wie hier nur den revolutionären Ausweg.

*) Im Frühjahr 1886, mitten in einer furchtbaren Krise, in der die Kapitalisten versuchten, die Elendslöhne noch um ein Viertel herabzusetzen, kam es in Belgien zu einer gewaltigen Eruption der proletarischen Leidenschaft. Sie ging von der Borinage, dem belgischen Kohlenbezirk, aus und hatte das allgemeine Wahlrecht als politisches Ziel. Rosa Luxemburg schildert die Bewegung: „Die Streiks, die nun überall ausbrachen, die Unruhen und Manifestationen trugen einen rein naturgewaltigen, chaotischen Charakter. Es war dies nur die erste Explosion des seit Jahrzehnten aufgespeicherten Grolls einer zum Aeußersten getriebenen Masse von Lohnsklaven. Maschinen wurden vernichtet, Fabriken zerstört, Paläste der Kapitalmagnaten angezündet; Belgien sah im Frühjahr 1886 aus wie die schlesischen Weberdistrikte im Jahre 1844."

Ueber die außerordentlich lehrreiche Geschichte der belgischen Massenbewegungen kann man sich orientieren bei Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band IV „Gewerkschaftskampf und Massenstreik".

Breslau!!! Breslau!!!

Wer ist „der König der Nassauer"?

Das ist ein französischer Tonfilm, der in Deutschland einen sensationellen Erfolg gehabt hat.
Das ist die Geschichte von Bouboul, der sich durch das Leben nassauert. Boxkämpfe, Sechs-Tage-Rennen, der Badepalast „Lido", ein Tanzrestaurant, ein Rugbykampf sind die markantesten Etappen dieses lustigsten aller lustigen Filme.

Wann kannst du ihn sehen? Am 28. August um 10 Uhr vormittags in der „Skala".

Immer mehr Wohlfahrtserwerbslose

CNB. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist im Juli die Gesamtzahl der (amtlich gezählten! D. Red.) Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen aber erneut gestiegen. Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamtes vom 31. Juli dieses Jahres sind in Preußen 1 601 386 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 552 131 Ende Juni. Somit ergibt sich auch im Juli wieder eine Zunahme um 49 255 Wohlfahrtserwerbslose oder 3,2 v. H., die ungefähr ebenso stark ist wie die in den vorhergegangenen Monaten (Juni: 43 143, Mai: 44 630, April: 49 768) und im Juli vorigen Jahres 44 018). Gegen den 31. Juli 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 834 239 oder 108,7 v. H. höher. Auf tausend Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 41,9 Wohlfahrtserwerbslose. 62 791 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- und Notstandsarbeit oder in freiwilligem Arbeitsdienst gestanden. Wie in den drei vorletzten Monaten ist auch im Juli der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen (+ 2,1 v. H.) infolge des Saisoneinflusses verhältnismäßig etwas geringer gewesen als in den Stadtkreisen (+ 3,7 v. H.).

Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit

Wer bekommt künftig noch Unterstützung?

In einem der letzten Nummern des Reichsanzeigers wird ein Erlaß über das Zusammenwirken der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit veröffentlicht, der mit dem 1. September d. J. in Kraft tritt.

Der Erlaß befaßt sich mit der Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist der Antrag auf Gewährung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung vom Arbeitslosen in zwei Stücken auszufüllen. Schon in diesem Antrage hat der Arbeitslose alle Angaben zu machen, die für die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit von Wichtigkeit sind. Ergibt die Prüfung, daß eine der geforderten Voraussetzungen nicht erfüllt ist, so lehnt das Arbeitsamt den Antrag ab. Sind die übrigen Voraussetzungen erfüllt, und ist deshalb eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit erforderlich, so ersucht das Arbeitsamt die Gemeinde um ihr Gutachten über die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers. Das Ersuchen ist zu stellen: a) bei verheirateten Frauen vor Bewilligung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung; b) in allen anderen Fällen binnen einer Woche nach dem Beginn der Unterstützung.

Im zweiten Abschnitt, der sich mit der Krisenfürsorge beschäftigt, wird angeordnet, daß in der Krisenfürsorge das Arbeitsamt den Arbeitslosen spätestens vier Wochen vor der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung auf diese hinzuweisen hat, um ihm Gelegenheit zu geben, den Antrag auf Krisenunterstützung zu stellen. Der Antrag auf Krisenunterstützung ist vom Arbeitslosen beim Arbeitsamt einzureichen. Wenn das Arbeitsamt auf Grund seiner eigenen Prüfung die sonstigen Voraussetzungen der Krisenfürsorge für erfüllt hält, ersucht es die Gemeinde, unverzüglich um ihr Gutachten über die weitere Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen.

*

Oesterreichische Arbeitslosigkeit wächst

Wien, 22. August.

Mitte August 1932 wurden in Oesterreich insgesamt 276 933 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zu der letzten Zählung ergibt sich eine Zunahme um rund 1300 Personen.

Russisch-japanisches Fischereiabkommen

Moskau, 22. August.

(Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Die heutige Morgenpresse veröffentlicht den Inhalt des zwischen der Sowjetunion und Japan getroffenen Abkommens, das eine Reihe von Fragen über die praktische Anwendung der im Jahre 1928 abgeschlossenen russisch-japanischen Fischereikonvention löst. Dieses neue Abkommen erweitert den Fischereianteil in den Gebieten, die von den Staatsunternehmungen der Sowjetunion ausgebeutet werden, von zwei Millionen auf fünf Millionen Pud und ermöglicht es, auf diese Weise den russischen Unternehmungen die Zahl der Fischereigebiete beträchtlich zu vergrößern. Weiter bestimmt das Abkommen, daß die Nutzungsbezirke, die gegenwärtig von den Japanern gepachtet sind, mit Ausnahme von 60 Bezirken nicht vor dem Ablauf der Konventionsdauer, d. h. nicht vor dem Jahre 1936, versteigert werden dürfen. Zugleich wird festgestellt, daß alle Konflikte zwischen der Sowjetunion und Japan, die über die Verpachtung der Fischereigebiete entstanden sind, als liquidiert zu gelten haben. Das Abkommen umfaßt insgesamt vier Teile.

Stalingrad als das neue Zentrum des unteren Wolgagaues

ON. Stalingrad, 22. August.

Auf Beschluß der Räteregierung ist das Zentrum des unteren Wolgagaues, dem auch die Republik der Wolgadeutschen angehört, von Saratow nach Stalingrad verlegt worden. Die Verlegung der Gauregierung in diese große Industriestadt steht im Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung des unteren Wolgagaues und der beschleunigten Umwandlung dieses Agrargebiets in ein industriell-landwirtschaftliches Gebiet.

3½ Milliarden Steuerdefizit in USA

Washington, 22. August.

Die Steuereingänge für das am 30. Juni abgelaufene Fiskaljahr weisen gegenüber dem Vorjahr einen Ausfall von rund 870 Millionen Dollar auf. Von dem Gesamtaufkommen in Höhe von 1557 Millionen Dollar (Vorjahr 2428 Millionen Dollar) entfallen 1056 Millionen Dollar (1860 Mill. Dollar) auf die Einkommensteuer.

Streikausdehnung

Liverpool, 22. August.

Die Arbeiter der Baumwollspinnereien in Preston (Lancashire) sind heute in den Streik getreten. Von 35 Spinnereien sind nur noch acht in Betrieb. Sämtliche Fabriken hatten heute morgen ihre Tore zur gewöhnlichen Zeit geöffnet. Ein großer Teil der Arbeiter hatte sich auf den Weg gemacht, weigerte sich dann aber, das Fabrikgelände zu betreten.